

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.

Insertions-Organ für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Redakteur:
Wilh. Probst, Schierstein.

Telephon Nr. 164.

Telephon Nr. 164.

Nr. 29.

Donnerstag, den 8. März 1917.

25. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Montag, den 12. d. Mts. nachm. 8 Uhr,

hier im Rathhause anberaumten Sitzung der Gemeinde-Vertretung lade ich die Mitglieder der Gemeinde-Vertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeinde-Vertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über Ankauf des Hausgrundstücks Behrstr. 7.
2. Genehmigung des Bauungs- und Kulturplans für 1917.
3. Beschlussfassung über Erhöhung der Gebühren des Friedhof-Aussiehers und der Reichenträger.
4. Beschlussfassung über Gewährung von Teuerungszulagen an den Forstbeamten.
5. Beschlussfassung über Übernahme der erhöhten Beiträge für Witwen- und Waisenkasse.
6. Beschlussfassung über Gewährung eines Zuschusses an den Siegenzuchverein.
7. Genehmigung der Holzpreiserhöhungen vom 16. und 28. 2. 1917.
8. Feststellung des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 1917.
9. Beschlussfassung über Aufbringung und Verteilung des Steuerbedarfs zur Deckung der Gemeindebedürfnisse für das Rechnungsjahr 1917.

Schierstein, den 7. März 1917.

Der Bürgermeister: Schmidt.

40000 Tonnen neue Beute.

Berlin, 7. März (W. B.). Im Mittelmeer wurden versenkt acht Dampfer und sieben Sealer mit zusammen über 40000 Tonnen, darunter am 19. Febr. ein schwer beladener Transpordampfer von etwa 8000 Tonnen bei Porto d'Angio, am 20. Februar der norwegische Dampfer „Doradore“ (2760 To.) mit Südkautschuk nach London, am 22. Februar der italienische Dampfer mit Kohlen und Lebensmitteln nach Italien, am 23. Februar südlich von Arelia ein mit 15 cm-Geschütz bewaffneter, von Fischdampfern gesicherter Transportdampfer von etwa 6000 Tonnen und der griechische Dampfer „Mionis“ (2918 Tonnen) mit Baumwollsaat nach England, am 26. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Glan Farquhar“ (5858 Tonnen) mit Baumwolle, Tee und Zute nach England, am 27. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Brodmore“ (4071 Tonnen) mit Getreide nach England. Ein Kapitän und zwei Maschinisten wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Deutschland

hat nichts zu verbergen.

Ein holländisches Urteil über die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

von Dr. F. T. van Nies, Prof. a. d. Universität Kiel.
Marcel Probst hat in der „Revue de Paris“ bedeutungsvolle deutsche Urkunden über die Not in Deutschland veröffentlicht. Es wird darin berichtet über die Straßennunnen in allen Teilen des Deutschen Reiches, besonders in München, Kiel, Bremen und Hamburg, wobei die Zahl der Verwundeten, besonders der Frauen, sehr hoch sei. So berichtet ein Pariser Korrespondent der „Nationaltidende“ vom 18. Dezember 1916. Die „Nationaltidende“ ist

wagt die vornehmste dänische Zeitung. Wir wollen ihr nicht zutrauen, daß sie wider besseres Wissen solche Kunde verbreitet, da sie sich doch besser als ein Franzose in der Lage befindet, sich über die Tatsachen unterrichtet zu halten.

Die Unruhen, von denen im Dezember 1916 erzählt wird, haben sich nicht später als in der ersten Hälfte des Jahres 1916 zugetragen, sie waren zuweilen durch die vielleicht böswillig ins Volk hineingetragene Meinung verursacht, daß bei Zuteilung der Brotmarken nicht gerecht verfahren werde. Inzwischen ist das Brotmarkensystem das Stützstück unserer inneren Organisation geworden, das am vollkommensten ausgebildet wurde und sich am vollkommensten eingelebt hat. So müssen wir denn mit höflichem Bedauern den französischen „Rebuen“ und ihren dänischen Freunden kundtun, daß diese niemals bedeutenden Unruhen sich nirgends wiederholt haben und nach dem 1. Juli 1916 nicht mehr vorgekommen sind. Immerhin möchte es angebracht sein, das zärtliche Wohlwollen an die Vorgänge zu erinnern, die sich im südlichen Frankreich im Juni 1907 ereigneten, als das 17. Antieninfanterie-Regiment sich meuternd den Unruhestiftern anschloß — das war im tiefen Frieden, und es handelte sich um Wein, nicht um Brot. Auch in den Jahren 1909, 1910, 1911 gab es in Frankreich Unruhen, die sich zu den bei uns im Kriege vorgekommenen verhalten wie Orkane zu einer Brise, da sie stellensweise den Charakter eines Bürgerkrieges annahmen.

Vor einigen Monaten haben auf Einladung der deutschen Regierung 14 Personen aus sechs neutralen Ländern, darunter Vertreter feindlich gesinnter Zeitungen, eine Reise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet gemacht, um sich über den wirtschaftlichen Zustand zu unterrichten. Vor uns liegt ein Bericht des holländischen Gelehrten Prof. Berrius Stuart (29 Seiten). Er sagt sich (S. 5) dahin zusammen, der Eindruck habe wohl bei allen Teilnehmern sich aufgedrängt, daß

Deutschland nichts zu verbergen

habe. Er meint, Deutschland könne getrost — mit einigen Schutzmaßnahmen gegen Spionage — England und Frankreich erlauben, je eine gewisse Zahl in ihrem Lande wohlangelegener Personen auf gleiche Weise in Deutschland reisen zu lassen. Freilich beweise die Art, wie man sich gegen das Eindringen der Wahrheit sich gekümmert habe, die Abneigung der Entente, von Frieden zu sprechen, in der Hoffnung, Deutschland durch den Wirtschaftskrieg niederzuzwingen, so sei es abzuwarten, daß sie so schnell als möglich durch eigene Anschauung sich die Ueberzeugung bilde und bestärke, daß wenigstens diese Erwartung eitel helfen müsse. Es sei ein schrecklicher Gedanke, daß der Krieg fortgesetzt würde auf Grund von Unkenntnis in betreff der Folgen, die der Handelskrieg für Deutschland habe.

Dies Urteil begründet der Verfasser in eingehender Weise, indem er die Schwierigkeiten nicht verschweigt, die er angetroffen und beobachtet hat. Stuart würdigt verständnisvoll die Rationierung unserer Lebensmittelversorgung, die Kriegsfürsorge, von denen doch nur ein kleiner Teil der großstädtischen Einwohner genützt hat, Gebrauch zu machen, die Wohnverhältnisse und Sparanlagen, er berichtet über die Sterblichkeit, besonders der Säuglinge, über Verwundeten-Arbeiten und allerlei Kriegsfürsorge, aber die Aussichten der Friedenswirtschaft und über den letzten Tag, den die Reisegäste in Essen zubrachten, wo sie auch die Wohnungskolonie mit Bewunderung kennen lernten. In der Sorge für die

Arbeitswohlfahrt sei Deutschland weit voraus

gegen England, Frankreich und andere Länder. Wie sei es doch möglich, daß man sich erdreiste, ein solches Verhalten „hunnen und barbarisch“ zu brandmarken? — „Es möge bemerkt werden, daß diese Schimpfwörter von holländischen Kenner Deutschlands mehr fränken als uns. Alle Namen, die uns in Preßorganen wie „Daily Mail“ (bei gebildeten Engländern als „Täglicher Vagner“ bekannt) beigelegt werden, dürfen wir getrost als Ehrennamen betrachten. Stuart erzählt, der Oberbürgermeister von Köln habe bei seiner Ansprache an die Reisegäste in Würzenich gesagt: Deutschland verlange von seinen Besuchern nichts als Wahrheit und Gerechtigkeit in Mitteilung und Beurteilung dessen, was sie sahen. „Wie“, ruft der Niederländer aus, „sieht das Ausland in dieser Hinsicht gegenüber Deutschland aus, vor und während des Krieges!“ Er knüpft daran ein ernstes Wort für seine Landsleute und die niederländische Presse. Er besaßt, daß von wichtigen Seiten ein

Element der Feindschaft gegen Deutschland im Volkselemente der Niederlande angefaßt worden sei, das nach dem Kriege einem guten Verhältnis zwischen den Staaten und ihren Bewohnern Abbruch tun könne.

Der Gelehrte schließt seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen:

„Der Haupteindruck, den wir aus Deutschland mitgebracht haben, dürfte sein: daß ein ungeschwächtes Vertrauen herrscht

auf ein befriedigendes Ende dieses dem Lande aufgedrungenen Ringens auf Leben und Tod, und daß auch jetzt noch im Volke eine gewaltige Reserve von moralischer und materieller Kraft vorhanden ist.“

Diese Kraft, das könne man, wie auch der Krieg ferner verlaufen möge, mit Sicherheit voraussagen, sei nicht zu vernichten. „Man kann gewiß sein, daß sie auch nach dem Friedensschluß durchwirken wird, und man darf da nicht nur vertrauen, man muß auch hoffen, daß es so sein wird, da die Früchte davon nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt und in erster Reihe auch unserem Lande (Holland) zugute kommen werden.“

Die U-Boot-Gefahr.

Preisanschriften für U-Boot-Abwehr.

In den englischen Kriegswerkstätten sind große Plakate angebracht, die sich an die Arbeiter und Ingenieure wenden und worin ihnen eine große Belohnung versprochen wird, die in barem Gelde ausbezahlt ist, wenn sie ein wirkungsvolles Mittel gegen die U-Boote angeben können. Danach verfügt also die englische Regierung, die bis jetzt behauptete, sie besäße bereits „ganz sichere“ Mittel, um der U-Boot-Gefahr zu begegnen, über derartige Mittel noch nicht. Sogar in Frankreich scheint man diesen Eindruck zu teilen. Hier hat man bekanntlich

Prämien ausgesetzt, und zwar eine halbe Million Franken für die Vernichtung eines einzigen U-Bootes. Die Höhe der Summe, die man aussetzte, weist zunächst nur auf die Höhe der Gefahr hin, der man sich nachgerade bewußt geworden ist. Über die Tatsache, daß überhaupt zu solchen Mitteln gegriffen wird, erregt lebhaftes Befremden. So schreibt „Figaro“:

„Die geplante Erhöhung der Prämien wird vielfach beanstandet. Die Summe von 500 000 Franken verwandelt Frankreichs Seehelden in eine Art Kriegsgewinnler. Auch beweise die Höhe eine zu große Verjüngung vor der deutschen Seeräuberei.“

Englands Kartoffelnot.

Im englischen Unterhause meinte der parlamentarische Sekretär des Lebensmittelkontrollors Bathurst, daß der Kartoffelmangel nicht allein in England, sondern in der ganzen Welt herrsche. Wenn man fortjähre, so jammere er dann aber weiter, in dem bisherigen Verhältnis Kartoffeln zu essen, so würde wahrscheinlich am Ende des Frühjahrs oder Anfang des Sommers überhaupt niemand mehr Kartoffeln bekommen. Leute, die von anderen Nahrungsmitteln leben könnten, sollten sich der Kartoffeln enthalten, damit der Vorrat für die Armen reiche. Er glaube nicht, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhielten.

Dänemark und der U-Boot-Krieg.

Das dänische Justizministerium veröffentlichte eine Bekanntmachung, wonach es von jetzt ab bei Strafe verboten ist, in Wort oder Schrift Redungen über Bewegungen von Schiffen zu verbreiten, die von oder nach Dänemark unterwegs sind, sowie Angaben darüber, welche Schiffe sich in dänischen Häfen befinden, dort löschen oder laden, von dort abgehen oder dort ankommen.

Holland duldet keine bewaffneten Handelsschiffe.

Das holländische „Algemeen Handelsblad“ meldet, daß der in Hoel van Holland angekommene englische Handelsdampfer „Princess Westa“, der wegen seiner Bewaffnung nach halbständigem Aufenthalt wieder in See hatte gehen sollen, nicht nach England zurückgekehrt, sondern in den Neuen Waterweg eingelaufen ist. Es befindet sich ein Kranter an Bord, und das Schiff hat Mangel an Wasser. Darauf ist das Schiff unter militärische holländische Bewachung gestellt worden.

Verfassungsumsturz in Amerika.

Wilson als Schieber.

Das amerikanische Oberhaus, der „Senat“, tanzt nicht, wie Wilson pfeift. Eine Gruppe von elf aufrechten, unbestechlichen Männern ist in diesen Tagen in schärfster Opposition getreten und setzt Wilsons Plänen einen starken Damm entgegen. Viele Stunden lange Dauerreden werden gehalten, ein Dauerredner löst den andern ab. Daß diese Männer diese harte Arbeit und dazu die feindelige But der Wilsonmehrheit auf sich nehmen, beweist, wie ernst ihr Widerstand ihnen ist, und wie groß die nationale Gefahr ihnen erscheint, in die der Präsident im Dienste Englands und der Munitionsfabrikanten den Staat hineinsteuert.

Da greift nun Wilson zu einem äußersten Mittel:

Verfassungsänderung!

Das ist seine Barock im Hilfsdienst für John Bull. Der vielgewandte Wilson, Professor, Politiker, Präsident, Weltfriedensapostel, Schuhengel der Munitionsfabriken, Kriegsführer, — versucht sich als Schieber.

Denn ohne eine ganz gewöhnliche Schiebung freilich sehr gefährlicher Art kann er diesen Gegnern nicht beikommen, weil sie genau an die Bestimmungen der Verfassung sich halten. Diese bietet nämlich keinerlei Handhabe, die Obstruktionen durch einen Antrag auf Schluß der Debatte zu beenden, wie das bei uns in solchem Falle geschehen würde. Die einzige Möglichkeit für Wilson ist nun die, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die Schließung der Debatte auf Verweisklausel gestattet. Nur so können die Wilsonianer mundtot gemacht werden.

Das ist, was es ausseht, ein Staatsstreik. Das eben ist ja der Zweck des Verfassungsgrundgesetzes, wonach „Schluß der Debatte“ nicht erzwungen werden kann, die Vergewaltigung der Minderheit zu verhindern. Wilson

rüttelt an der Grundlage der Verfassung, indem er für Schaffung eines Geschäftsordnungsparagrafen eintritt, der der alten, bewährten Verfassung zum Trotz eine maßvolle, weitblickende Minderheits- und Niederstimmung durch einen großen Haufen kurzschäftiger, aufgeregter Schreier dreisigst.

Im Senat ist sein härtester Feind. Gegen die oppositionellen Senatoren wendet er sich mit aller Kraft und Leidenschaftlichkeit. Eine politische Schiebung, ein Attentat auf die Verfassung, ein Angriff auf den Staatsgedanken sollen ihm heißen. Ob das alles hilft? Er sitzt tie in der Finte.

In Amerika sitzt ein Präsident, der ist mit seinem Latein zu Ende!

Die Engländer fürchten Verschleppung.

Sie erkennen wohl, was alles auf dem Spiele steht, und geben schon der Besorgnis Ausdruck, daß die konstitutionelle Krise in Washington und die Verschleppungstaktik der Minderheit die Mobilisierungsvorlage und die aktive Beteiligung Amerikas am Kriege auf längere Zeit verzögern werde.

Da dürften sie sehr recht haben!

R. B.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Knappere Nationen für die deutschen Gefangenen in England.

Amlich wird in England mitgeteilt, daß die neuen Verpflegungssätze für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der letzten Bekanntmachung des Ge-

heimmittelkontrollen entsprechen und von ihm gebilligt seien. Bisher hätten die Gefangenen mehr erhalten, als den von Lord Devonport empfohlenen freiwilligen Einschränkungen des Lebensbedarfs entsprechen würde.

600 000 englische Rekruten „A. U.“

Im Frieden gingen in England Staat und Gesellschaft: ebenso achlos und erbarmungslos an den furchtbaren sozialen und hygienischen Zuständen vorüber, die seit langem in den unteren Schichten, auf die sich heute die Rekrutierung in erster Linie angewiesen sieht, die englische Volksgesundheit untergraben. Jetzt macht, wie der „Baseler Anzeiger“ vom 14. Februar mitteilt, in weiten Kreisen des englischen Volkes die Mitteilung Aufsehen, daß sich volle 600 000 Rekruten nach kürzerer Dienstzeit als dauernd untauglich erwiesen haben. Die Leute mußten, größtenteils gesundheitlich völlig ruiniert, wieder entlassen werden, ohne einen Penny als Entschädigung zu erhalten.

Politische Rundschau.

Die Häserration der Zugtiere beschäftigte den Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses. Es wurde ein konservativer Antrag angenommen, der eine erhöhte Häserration für Zugtierfütterung verlangt. Es wurde genehmigt: Die Häserration sei viel zu gering. Während man früher 25 Pfund Hafer auf ein Pferd setzte, stehen jetzt nur vier Pfund zur Verfügung. Dabei sei die Häserration gut gewesen, und die Karren könnten erhöht werden. Das müsse geschehen, weil die anderen Futtermittel, z. B. Rübenblätter, den Landwirten vorenthalten würden. Mit geschwächten Tieren könne man aber die Feldbestellung nicht richtig durchführen, und das werde den Ernteertrag sehr ungünstig beeinflussen. Die Militärverwaltung müsse die Vorräte abgeben. Die Organisation für die Versorgung der Futtermittel habe völlig verfaßt. Keine sei z. B. genügend vorhanden, und verschiedene Großmühlen hätten erklärt, nicht weiter arbeiten zu können, wenn ihnen die Acker nicht abgenommen werde. Infolge Zurückhaltung der Futtermittel sei das Vieh abgemagert, und viel Fett und Fleisch gehe verloren. Auch die Milch-erzeugung sei sehr zurückgegangen.

Gerichtssaal.

Der Schiffmann-Prozess, der Prozess gegen den jugendlichen, aus Galtzien eingewanderten, ohne jegliche Sachkenntnis lediglich mit Hilfe frechsten Bluffs in unglaublich kurzer Zeit zu einem der Gewalttäter des Grundstücksmarktes emporgestiegene Schwindler, ist nach fast halbjähriger Dauer zu Ende gegangen. Das Gericht verurteilte den Menschen, der zahllose Leichtgläubige um Millionen gebracht hat, zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, ein Jahr sechs Monate wurden auf die Unteruchungshaft angerechnet. Gegen die Frau des früheren Staatsanwalts Ahrens, frühere Sekretärin Schiffmanns, erkannte das Gericht auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

10 300 Mark Geldstrafe. Wegen Kriegswuchers und Ueberschreitung der Höchstpreise hat die Strafkammer in Braubenz, den Getreidehändler Fritz Schmidt zu 10 300 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 1 Jahr 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Preussische Landtag über Ernährungsfragen.

— Berlin, 7. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Meyer-Frankfurt den Wortlaut seiner jüngst gemachten Ausführungen über den Kohlenmangel fest. Hierauf wird die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt.

Abg. von Kardorff (freikons.): Es bestehen zu viele Kriegsorganisationen. In den Städten und Industriezentren herrscht chronische Kartoffelnot. Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 auf 8 Mark. Durch Versprechung billiger Preise hat man die dauernde Not in den Städten organisiert und hat gegen die Landbevölkerung gesündigt. Der Konsummischer spottet jeder Beschreibung. Erhöhung des Butterpreises würde genug Butter bringen. Hoffentlich werden die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt.

Landwirtschaftsminister Hr. von Schorlemer: Die fortgesetzten Vorwürfe gegen die landwirtschaftliche Verwaltung in Preußen sind geradezu verhängnisvoll. Die Kriegsorganisationen haben den Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministers im weitesten Maße abgeschwächt. Der nötige Ueberblick ist mir geradezu unmöglich gemacht. Ich habe die Verringerung der Löhne der Arbeiter und der Stätter stets im Auge gehabt. Nach einer Zeitungsnachricht soll im Regierungsbezirk Trier für die bereits der Anbauzwang eingeführt sein. Ich bin als Landwirtschaftsminister für Preußen hiernach

nicht gefragt worden

(stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentr.), und ich habe mich genötigt gesehen, mich an den Regierungspräsidenten in Trier mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich bildet die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt. Sie ist datiert vom 21. Februar. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentr., Bewegung.) Wenn ich auch diese Klagen verheße, so kann ich es doch nicht gerechtfertigt finden, daß sie sich zu einer

Anlage gegen mein Ressort und meine Person, gegen die Regierung, die Wohlhabenden und die Landwirte verdrängen. Die Darstellung dieser Eingabe über die Kartoffelnot ist ungetrübt durch jede Sachkenntnis. Die Anbaulösche ist 1916 gegen 1915 um über 20 000 Hektar gestiegen. Ich kann für diese Eingabe keine andere Bezeichnung finden als den harten Ausdruck, daß ich es ehrlich und tief bedauere, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben verleiten lassen, ein solches Machwerk mitzuunterzeichnen, das

in der Stimmung zwischen Stadt und Land. Mein Bestreben ist, die direkte Lieferung des Landes an die Stadt durch Lieferungsverträge zu ermöglichen. Der aus der Zeit des Schweinemordens bekannte Professor Elsbacher hat, der allgemeinen Stimmungsmache folgend, mir vorgeworfen, ich hätte mich gegen Herabsetzung der Schlachtviehpreise ausgesprochen, und von einem Ressortpatriotismus gesprochen, der alles außerhalb des eigenen Ressorts als Ausland betrachte, dem man jeden Schaden zufügen könne. Ich habe nur meine Bedenken geltend gemacht, weil ich für die Verbraucher die schlimmsten Folgen befürchtete. Eine

Ausgestoßen.

Roman von U. Marb'n.

Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Hals untertrühtes Hülftum ließ Gerhard seine unterbrecken. Ausblühend gewahrte er auf einem nahen, noch von verdorrtem Kartoffelkraut wirt überdeckten Ackerstücke zwei Gestalten — ein Weib und einen halbwüchsigen Jungen — doch glitten seine Augen über jene hinweg und hielten gespannt auf einer noch in weiter Entfernung auftauchenden Mannesgestalt.

„Sieh da“, nahm Burghausen von neuem das Wort, „mein teurer Herr Kessel! Nachdem wir eben von ihm gesprochen, erscheint er lust wie der Wolf in der Fabel. Ich sollte meinen, das Herz müßte ihm brennen vor Ehm und Scham, so oft er durchs Dorf schreitet. In diesem Augenblick ergänzen noch die beiden vagabundierenden Individuen als passende Staffage dies ganz trostlose Bild der äußersten Verkommenheit. Irre ich nicht, ist der Junge einer von den uns bekannten Tierquälern. Er blickt schon zu uns herüber. Warten wir auf Heinrich? Jedenfalls hat er uns bereits erkannt — was meinst du, Maria?“

„Sie blieb die Antwort schuldig.“ „Nun, meine Liebste!“ Gerhard blühte sich, um in ihr Antlitz zu schauen. Es war totentstarrt, von einem Ausdruck angstvollen Entsetzens erfüllt. Zugleich blühte und sah er, daß die schlanke Gestalt sich schwer gegen ihn lehnte — und wie die kleine Hand, die auf seinem Arm lag, zitterte. Betroffen folgte sein Blick der Richtung des Jüngers und sah, daß er wie geistesabwesend an dem Weibe hing, das neben Schrader Willem auf dem Kartoffelacker stand.

„Die Schrader!“ — In den letzten drei Monaten hatte Maria an die kirchliche Frau nicht gedacht; es war während ihrer Brautzeit so viel näherliegende Ge-

gen, welche ihr Sonnen und Dinten voll, vermagten. Den Namen — ihrem Obe so einseitig klingend, wie sein zweiter — nannte niemand, sie wußte und fragte nicht, ob Mann und Kinder des Weibes noch im Dorfe wohnten. Nun tauchte es plötzlich, ein Medusenhaupt, vor dem entsetzte Mädchen auf, das im selben Augenblick das Ende seines Glüdes herannahen fühlte.

Mit ihrem jüngsten Sprößling nach zurückgelassenen Erdäpfeln im dünnen Kartoffelkraut emsig umherjuchend, wurde die Schrader des langsam dahervandeleiden Paares nicht früher gewahr, als bis Wilhelm, sie anstoßend aufstürzte:

„Sieh mal, Mutter — das sind sie.“ „Wer ist's denn?“ Wüßig richtete das Weib auf halbem Oberkörper sich auf.

„Ra — von wegen, Mutter! Du hast dir ja doch den Spatz erzählt von der jungen Gnäd'ge und 'n Viehdecker, erkennst du dir nicht, Mutter?“

„Sieh — ja, ja, — ja, — t, der Kaufmann!“ Mit einem jähen Ruck erhob die schwerfällige Gestalt sich vollends, die schlaffen Hüfte des breiten, roten, inselge hässlichen Brantweinmüßes aufgeschwemmten Gesichtes belebte sich merklich, die kleinen, grünlich schillernden Augen blickten erst überrollt, dann höhnisch auf. So — die ist's! wiederholte sie dann in so eigenem Tone, daß der Junge aufmerksam wurde.

„Was hast'n, Mutter? Kennst du 'denn?“ „Und ich!“ lachte das Weib kurz auf — „also ins Schloß wohnt sie? Scheint ihr ja recht gut zu gehen! Ra warte, sollst mir die Ehre meiner Bekanntschaft teuer bezahlen. Na, jetzt erkennst sie mir, sieh mal, Willem, was die für 'ne Freude hat, die Schrader zu sehen.“

Der Junge schloß erst verdutzt mit offenem Munde nach der jungen Dame, die plötzlich auslief, als sollte sie sterben — und glotzte dann gleich verständnisvoll seine Mutter an, genau im selben Augenblick, als Gerhard von Burghausen in der verlobten Weibsperson die Ursache des heftigen Erdrückens seiner Braut zu erkennen glaubte.

Eine unangenehme Empfindung lag in ihm an. Maria hatte Maria mit jener Frau, deren Gesichtszüge den Stempel der Gemeinheit deutlich trugen, zu schaffen? Doch, ohne jetzt eine Frage an sie zu richten, wollte er die Willenlose rasch weiter führen, aber das Weib war schneller. Es bedurfte nur weniger Schritte, von dem Acker bis mitten auf den Weg zu gelangen. Hier pflanzte sie sich auf, die Arme in die Seite gestemmt, nicht mit frecher Vertraulichkeit Maria zu und rief mit schriller Stimme:

„Sie sind wohl noch nicht sicher? — ja, ja, ich bin's, die Schrader! Habe Sie gleich erkannt, wissen Sie, wie das Haar — „so'n Haar sieht man nicht alle Tage! Ra, und Sie sind ja nun auch all wieder 'ne vornehme Dame — und da werd'n Sie doch wohl auch für die arme Schrader was tun! Ja der“, sie deutete auf Burghausen, „Ihr Mann?“

Schon einmal hatte Gerhard vergeblich versucht, den Wortschwall des widerlichen Weibes zu unterbrechen, jetzt riß ihm bellende die Geduld.

„Was ich dieser Dame bin“, kam er rasch Marias Antwort zuvor, „nimmt Sie nicht. Jedenfalls besitze ich das Recht, die Dame vor Ihrer unverkämten Judendeckung zu schützen. Hüten Sie sich vor einer Wiederholung — geben Sie den Weg frei — sofort!“

Der wahren Vornehmheit beugt sich das verkommenste Gespöß, so lag auch in Gerhards Blicken und Mienen wie im Ton seiner Stimme ein Gehorjam erzwingender Befehl. Unwillkürlich wich die Schrader zur Seite, aber sie grinst Gerhard tückisch an und schrie unter gellendem Lachen:

Fortsetzung folgt.

Die Verabschiebung durch die Mächtigkeiten verringern. Ich die stark vermehrte Abschachtung von Schweinen, werden die schon im Sommer veranlaßt sein, und in Windviehbestand weiter anzugreifen. Kann da ein Professor die Stürze befehlen, zu befehlen, daß ich mich lediglich von Ressortpatriotischen Seiten liebe? Für die wichtigsten Lebensmittel

Der Minister gibt Zahlenbelege und schließt dann:
Streik der letzten Monate macht die Luft zwi-
schen Stadt und Land nicht geringer. In dieser ent-
scheidenden Stunde müssen wir hervorheben, was uns
nicht das, was uns trennt.

Staatskommissar für die Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michailis: Insbesondere in den großen Industriezentralen ist eine Not eingetreten, wie sie vorher kaum gedacht werden kann. Wir werden besonders durchgreifende Maßnahmen gestellt, so nämlich Brotgetreide und Kartoffeln. Die Bevölkerung hat im dritten Kriegsjahre

nicht die Standhaftigkeit bewiesen, man erhoffen mußte. Wir haben bei den Städtern mehr die nötige straffe Aufsicht gefehlt. Bei weiten Kreisen der Väter war innere Auflehnung gegen Maßnahmen der Regierung zu beobachten. Mit den Marken ist viel gesündigt worden. In den Prätorien mehr als zulässig ausgemahnen. So hat Viehplankum unsere Vorräte in der abschreckendsten Weise zum Sinken gebracht. Es gilt, mit aller

zuzufassen, solange es Zeit ist. Staatskommissar, der dazu da ist, hat ein Amt. Exekutive auf diesem Gebiet. Wer will mir in Arm fallen? Ich werde schwer, aber sach- und eingreifen müssen. Ich bin dafür, wie bestehende Rücksichten gegen weitere Ein- in ländlichen Kreisen beiseite zu sch- Eier, Milch, Butter, Obst, Gemüse müssen durch eine Organisation zur Verbesserung der Ernäh- herangeholt werden. Der Gedanke an den inn- liegt mir vor Augen.

Hbg. Hofer (Soz. Arb.) erklärt, wenn Hunger ist, so sei das Junkertum die Schuld.

Wg. v. d. Ofen (konf.) weist die Angriffe des redners zurück. Produktionszwang wäre die größte Gefahr für unser Land. Die wichtigste Aufgabe ist, Verhältnisse zwischen Stadt und Land auszugleichen. Nebner schlägt eine Resolution vor, wonach Staatsministerium beim Bundesrat dahin wirken soll, daß die Nahrungsmittelherzeugung gefördert werde, Produktionszwang aber unterbleibe.

Staatskommissar Dr. Michaelis: Produkte, die verderblich sind und täglich produziert werden,

Milch, Eier, Frischgemüse, eignen sich nicht zur kältsichen Behandlung. Sie in die Städte zu sen, ist Verpackungs- und Transportfrage.

Abg. Krüger-Doppentade (natlib.) wendet sich gegen die Forderung hoher Kartoffelpreise und verurtheilt die Bestrebungen des Staatskommissars Unter-

Es folgen persönliche Bemerkungen. Sodann wird
Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Die Ausgabe von Fleisch und Fleischwaren findet
am Samstag, den 10. März

Einwohner des 1. Brothausbezirks	von 8—9 Uhr
" " 2. " "	" 9—10 "
" " 3. " "	" 10—11 "
" " 4. " "	" 11—12 "

Das Aufstellen von Räufern vor der festgesetzten
Auszeit vor den Geschäften wird nicht gestattet.

zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der
Polizeibeamten werden bestraft.
Schierstein, den 8. März 1917.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Escherstein, den 8. März 1917.

Die erste Märzwoche hatte wenig Benzhafter Kalt bläst noch immer der Wind aus dem Osten, die Blumen an den Fensterbänken, die Eistruken aufschmelzen, und der heute Nacht gefallene dicke Schnee ist die zweite vermehrte Auflage seit Montag, macht klar, daß es mit der Herrschaft des Winters noch so bei ist. Der Bärentreffer kommt nicht über 3 Celsius unter Null hinaus, also direkt Wintertemperatur. Aber wer mit offenen Augen und Sinnen in den Tagen seine Wege wandelte, der konnte auch manches hören, was ihm Vorsicht brachte, daß trotz Winter der Lenz auf dem Wege war. Die Stare sangen Droffeln und Finken ließen hoffnungsfreudige Töne hören. Die Schneeflächen in den Gärten haben ihre Köpfe von den Hüllen befreit und grühen über Schnee hinweg: „Es muß doch Frühling werden“. An vielen Stellen staubi schon der Hasel und die Esle beehrenfalls ihre Röhren zu öffnen. Spuren erwachen überall. Die augenblicklichen Wintertage können deshalb die Frühlingshoffnung, die leimende Benz nicht nehmen. Mehr als alles andere lehrt uns die stunde Nacht der Sonne: Es hat die längste Zeit gedauert. Die jetzigen kalten Tage sind der Bauernregel nach nicht zu verachten denn „März ist kalt und Sommer zeigt, daß gute Ernt' wird sein“.

Die als Schaffnerin bedienstete Louise Schumann von hier, ein 17jähriges Mädchen, geriet am Dienstag Abend bei der Abfahrt des Zuges 10.17 in Geisenheim unter die Räder, wobei ihr der linke Arm und das linke Bein abgefahren wurden. Die Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus in Geisenheim gebracht. Sie hatte vor kurzem bereits einen leichten Unfall erlitten und ihren Dienst erst eben wieder aufgenommen.

s Am Sonntag lagte im Gasthaus zur „Deutschen Treue“ die Generalversammlung der Allgemeinen Sierbekasse. Nach dem Bericht des Kassensführers ist hoffentlich die Krisenzell der Kasse überwunden, und sind wieder normale Verhältnisse eingetreten. Aus dem Beihilflichen Nachlaß sind der Kasse nach Abzug von über 500 Mark Gerichts- und Anwaltskosten 1580 Mark zurückgewonnen worden. Wie schon früher berichtet wurde, mußte die Kasse auf eine neue Grundlage gestellt werden und werden nur noch 100 Mark Sierbegeld ausgezahlt. Das verlossene Jahr wies 9 Sierbefälle auf. Dazu kamen noch 2 aus dem Vorjahre zur Auszahlung, so daß 1100 Mark Sierbegeld gezahlt wurden. Das gegenwärtige Vereinsvermögen besteht aus 331,53 Mark Kassenbestand, 2391,29 Mark Sparkassenguthaben und 200 Mark Reichsdahnanweisungen, im Ganzen 2922,82 Mark. Etwas Mühe machte die Besetzung der Vorstandsposten. Drei Vorstandsmitglieder waren verwaist und mußten neu besetzt werden, und zwei seitherige Vorstandsmitglieder lehnten eine Wiederwahl aus Altersgründen ab. Aus der Wahl gingen hervor: Wilh. Brühl 1. Vorsitzender, Joh. Embs 2. Vorsitzender, Georg Schäfer Kassierer, Wilh. Lehr 1. Schriftführer. Als Beisitzer Fritz Eier, Ed. Seipel, Joh. Weiß, Jak. Poff, Ph. Gemmer und W. Jöckel. Als Revisoren wurden gewählt: K. Hoben, Fritz Ehrengart und Ed. Jörn. Dem alten Vorstand und besonders dem seitherigen Kassensführer wurden auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt und für die mühevolle Arbeit während dieser Krisenzell gedankt.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß jeder Wehrpflichtige (zwischen 17 und 47 Jahren) mit seiner baldigen Einziehung zu rechnen hat, ohne Rücksicht auf den Grund seiner Kriegsbrauchbarkeit (v., gv. av.), außer wenn er vom Heeresdienst zurückgestellt ist. Wer deshalb innerhalb der Kriegswirtschaft im weitesten Sinne (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe usw.) unbedingt notwendig und nicht in geeigneter Weise zu ersetzen ist, muß rechtzeitig reklamiert werden. Die vielfach verbreitete Ansicht, als wenn eine im Sinne des Hilfsdienstgesetzes als Hilfsdienst anerkannte Tätigkeit die militärische Einziehung eines Wehrpflichtigen ausschließt, ist irrig. Jeder, der dazu fähig ist, muß in erster Linie seiner Wehrpflicht mit der Waffe genügen. Der Hilfsdienst kommt erst in zweiter Reihe. Ebenso müssen Leute, die aus dem Militärdienst zur Leitung von Fabriken in die Kriegswirtschaften entlassen oder bis zur endgültigen Entlassung vorläufig beurlaubt sind, auf's Neue reklamiert werden, bevor die Zurückstellungsfrist abgelaufen ist. Die Zurückstellungen erfolgen auf Zeit, gewöhnlich nicht über drei Monate hinaus. Soll die Zurückstellung verlängert werden, so muß vor Ablauf dieser Frist eine neue Reklamation eingereicht werden. Reklamationen sind unzulässig, sobald ein militärischer Befehlungsbescheid vorliegt. (Wehrordnung § 99, 1.) Bei der Entscheidung über die Zurückstellungen muß in Zukunft noch ein strengerer Maßstab angelegt werden als bisher. Es muß deshalb darauf Bedacht genommen werden, bisher Reklamierte durch Anfernung militärfreier Personen (Frauen, Jüngendlicher, Hilfsdienstpflichtiger, feindlicher und neutraler Ausländer, Kriegsgefangener) ersatzlos zu machen. Das gilt besonders von den der Kriegsindustrie überwiesenen, entlassenen und zurückgestellten Fabrikarbeitern, die auf die Dauer dem Heere nicht entzogen werden dürfen. Also: Wehrpflichtige müssen, soweit als möglich, durch militärfreie Personen ersetzt werden. Sind sie wirklich unersetzbar, so müssen sie rechtzeitig reklamiert werden.

* Gegen die Krähenplage. Herr Landrat v. Seimburg gibt bekannt: „Es ist festgestellt worden, daß besonders in den letzten Jahren die Krähen in ganz bedeutendem Maß zugenommen haben, und daß sie durch das Aushacken und Vernichten der jungen Winterkornen im. der Landwirthschaft recht erheblichen Schaden zufügen. Alle Schreckmittel, welche der Landwirt gegen das Einfliegen der Krähenschwärme anwendet, sind dagegen vollkommen erfolglos geblieben. Die besten Mittel, die man zur Vernichtung der Krähen bisher angewandt hat, sind das Zerstören der Krähenhester und das Ausbedecken der Winterkornen während der Brutzeit in den Monaten März und April. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß vom Kreis für die Abtödtung von Krähenfüßen und Eiern besondere Belohnungen ausgelegt sind, welche bei Abtödtung an die Bürgermeister von den Gemeindefassen ausbezahlt werden“.

* Die Förderung des Gemüseanbaues
917. In der letzten Sitzung des Reichstags-Er-
nährungsausschusses ist die Frage des diesjährigen Ge-
müseanbaues eingehend behandelt und dabei erneut auf
ihre Bedeutung für die Volksernährung hingewiesen
worden. Leider wird, wie bei den Kartoffeln, auch der
Gemüseanbau in diesem Jahre weit mehr als früher
unter den Schwierigkeiten der Saatgut- und Sämerei-
herstellung zu leiden haben. Erste Vorbedingung für
die Förderung des Gemüseanbaues ist daher die aus-
reichende Versorgung der Gemüseanbauer mit Sämereien.
Hier heißt es schnell handeln, da die Landwirte u. Gärtner
unmittelbar vor der Frühjahrsv Bestellung stehen. Einen
entsprechenden Vorschlag für eine vermehrte Bezugsziehung
von Gemüsepflanzen, der weiteren Kreisen mitgeteilt zu

werden verdient, veröffentlichte jüngst eine sachkundige Seite in den Münchener Neuesten Nachrichten. Es wird darin empfohlen, daß staatliche und öffentliche Gartenverwaltungen und gärtnerische Großbetriebe im Benehmen mit den Gartenbauvereinigungen Anzuchtstationen für Gemüsepflanzen einrichten. Solche Anzuchtstationen sind besonders in den größeren Städten zu empfehlen, damit Sehlinge besser Qualität zu mäßigen Preisen an die Besitzer von Haus-, Mel- und Kleingärten abgegeben werden können. Auch hierzu ist notwendig, daß die Heeresverwaltung, wie sie es in Aussicht gestellt hat, so weit wie möglich den Gärtnern Urlaub für die Bestellung von Frühgemüsen gibt. Dies ist um so notwendiger, als sich nach der langen Frostperiode dieses Winters die ganze gärtnerische Arbeit auf nur 4 Wochen zusammenbrängt. Es sind daher viele Kräfte nötig. Großer Werth ist auch auf Zuweisung von Kunstbädern, besonders Kainit, an die Gemüseanbauer zu legen. Eine reichere Erzeugung kann auch auf diesem Gebiet nur durch eine vermehrte Zuweisung von Produktionsmitteln erzielt werden.

Die französische Kammer hat eine Vorlage über die Einstellung von Strafgefangenen in die Einheiten der Kämpfer und ihre Verwendung zu Verteldigungsarbeiten angenommen.

Neuter meldet aus Washington: Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Beschlagnahmeverfügung des Gerichtshofes von Virginia gegenüber dem von einer deutschen Frisendefazung nach Hampton Road gebrachten Dampfer „Appam“ bestätigt. Dieser Beschluß der höchsten Instanz bestimmt, daß die „Appam“ den Engländern ausgeliefert wird.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat in ihrer Ausgabe vom 29. Januar 1917 eine Aufschrift von deutschfeindlicher „lettischer Seite“ veröffentlicht, in der u. a. behauptet wird, in den letzten neun Monaten seien 2000 Letten = 2 Prozent der lettischen Bevölkerung wegen „Hochverrats“ hingerichtet worden. Damit diese ungeheuerliche Nachricht glaubwürdig erscheine, wird die im deutschen Okkupationsgebiete selbst herausgegebene „Mitauische Zeitung“ (ohne Angabe eines Datums) als Quelle genannt. Angestellte Ermittlungen haben, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ergeben, daß die „Mitauische Zeitung“ niemals eine derartige Mitteilung gebracht hat. Die Wahrheit ist, daß im gesamten in Betracht kommenden Establengebiete einschließlich des Gouvernements Libau seit 1. April 1916 32 Letten wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt werden mußten; von diesen sind 26 hingerichtet worden.

Die Behauptung der angeblich „leitenden Seite“ in der „Neuen Zürcher Zeitung“ beruht also — so bedauerlich es ist, daß in den angeführten 26 Fällen mit der vollen Strenge des Kriegrechts eingeschritten werden mußte — auf freier Gefindung.

Wie sehr der uneingeschränkte U-Bootkrieg auch die Verringerung der neutralen Schifffahrt verursacht, geht aus den Statistiken über Schifffahrtsverkehr der neutralen Häfen hervor. In der Woche vom 25. Februar bis 3. März 1917 liefen, laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 4. im Rotterdamer Hafen nur 7 Schiffe ein gegen 57 in der gleichen Woche des Vorjahres. Für 1914 war die Zahl noch 197 Schiffe. Nach dem „Algemeen Handelsblad“ vom 4. März kamen in derselben Woche in Amsterdam nur 5 Schiffe an gegen 26 in 1916.

Der englische Minister des Innern, Cope, erklärte am Dienstag im Unterhause, daß im metropo-
litikanischen Polizeidistrikt, d. h. in Groß-London außer
der City, 137 Menschen durch Zeppeline getötet wor-
den seien. In der Zeit vom 1. August 1914 bis zum
31. Januar 1917 waren in demselben Distrikt nachts
954 Personen durch irgendein Unglück auf der Straße
umgekommen; in der City habe sich die Zahl der töd-
lichen Unfälle auf 29 belaufen, wobei 13 Personen
durch Zeppeline getötet worden seien.

Die Fleischration in Bayern soll auf die Dauer von 15 Tagen um 100 Gramm wöchentlich erhöht werden. — München und Augsburg haben aber das Baden von Semmeln und Zwieback verboten, und Weißbrot erhält man nur noch auf ärztliches Attest.

(23 B. 2m1111.)

Großes Hauptquartier, 8. März 1917.

Nur in der Champagne heftiges Artillerief Feuer. Die übrigen Fronten blieben bei dunkeltem Wetter und Schneeweiben im allgemeinen ruhig. Bei Erkundungsvorstößen zwischen Somme und Aise wurden 17 Engländer und Franzosen, sowie mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Keine Gefechts-handlungen von Bedeutung. Zwischen Bilejka und Mosoldeczno kam durch Bombenabwurf ein russischer Eisenbahnzug zur Entgleisung.

Nördlich des Doiran-Sees Vorpostengeplänzel.

Der Erste Generalquartiermeister: L u d e n d o r f f.

Ländlicher Anbauzwang.

Kartoffelanbauzwang im Bezirk Trier.

Vor einigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, im Bezirk Trier solle den Landwirten die Bearbeitung eines bestimmten Teiles ihres Bodens mit Kartoffeln vorgeschrieben werden. Diese Mitteilung mußte um so mehr auffallen, als der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki diesen Zwang bisher selbst stets abgelehnt hatte.

In den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes veröffentlicht Professor Dr. A. D. Hollmann von der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin einen längeren Aufsatz, worin er den Produktionszwang noch immer ablehnt:

Produktionszwang oder Produktionsregelung sind nichts Neues

In der Landwirtschaft hat die deutsche Landwirtschaft über ein Jahrtausend lang unter solchem Zwang gearbeitet in dem mittelalterlichen System der Dreifelderwirtschaft und des Flurzwanges. Das System wirkte befriedigend. Die Anbaufläche des Getreides war vor Verminderung geschützt, der Bedarf an Brotfrucht einigermassen gesichert. Aber das an sich wenig leistungsfähige System hemmte die Entwicklung des einzelnen Betriebes und verhinderte dadurch eine Steigerung der Produktion. Deshalb mußten die Fesseln schließlich gesprengt werden. ... Jedenfalls, das sollte ein jeder wissen, daß die deutsche Landwirtschaft heute auf derselben Bodenfläche das Vielfache der Menschenmenge ernährt, die das Dreifeldsystem mit seinem Zwang durstig und unfröhlich ernährte.

Wir haben heute in Deutschland 5,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe,

die, theoretisch betrachtet, alle verschiedenen wirtschaftlichen Müssen, wenn sie die höchstmögliche Ausnutzung der Produktionsfaktoren erlangen sollen. Das ist das Ergebnis jener historischen Entwicklung, an der Tausende von Intelligenzen in Theorie und Praxis gearbeitet haben. Und nun erscheinen in der Not der Zeit, wo die deutsche Landwirtschaft bei Mangel an Rohstoffen, an Arbeitskräften, an Kapitalien unter Anspannung aller geistigen und körperlichen Kräfte wirtschaftet, einige phantastische Köpfe auf der Bildfläche, die, frei von aller historischen Ueberlieferung und praktischen Kritik, den Produktionszwang für die Landwirtschaft entdeckt haben. Landwirte und ihre Organisationen erklären den Gedanken für undurchführbar und jeden Versuch, die Produktion gesetzlich festzulegen, für verhängnisvoll. Aber der Gedanke taucht immer wieder auf und ist nicht tot zu kriegen. Die ablehnende Stellungnahme der Landwirte wird schließlich als beschränkte Halsstarrigkeit oder gar als gemeine Gewinnsucht ausgelegt.

Neuerdings hat der Oberbürgermeister von Wiesbaden die Grundzüge eines „Reichswirtschaftsplanes“ entworfen. Er schlägt vor:

„Jede Provinz muß für Kartoffeln und auch andere Produkte eine bestimmte Fläche bestellen. ... Die Gemeindevorstände schreiben jedem Grundbesitzer vor, wieviel Land er mit Kartoffeln und anderen Pflanzsaaten bestellen muß.“

Das klingt ungefähr wie ein Kochrezept aus Friedenszeiten.

wo man aus vollen Schubladen schöpft: Man nimmt soundsoviel Morgen Land, stellt soundsoviele Zugtiere und Arbeiter hin, nimmt soundsoviele Zentner Saat-Kartoffeln und tut soundsoviel von den nötigen Düngern dazu; dann hat man ein bißchen hier und da, und es kommt — so Gott will — in gewünschter Menge die Kartoffel heraus. Kostenpunkt Nebensache. Wenn die Herren Organisatoren das alles zur Verfügung stellen können, so wird jeder Landwirt eine solche Regelung mit Dank begrüßen.

Wenn heute jemand durch Gesetz den deutschen Hausfrauen vorschreiben wollte, daß sie zu Mittag Ochsenschwanzsuppe, Rinderbraten und Reispudding auf den Tisch setzen sollen, so würde er vermutlich nach Dalldorf kommen. Aber daß 5,7 Millionen Landwirtschaftsbetriebe mit den aller verschiedensten Wirtschaftsdiskpositionen durch ein Gesetz veranlaßt werden können, ohne Rücksicht auf Boden und Klima, Wirtschaftspläne, Fruchtfolge, Düngung, Saatgut, Arbeiterverhältnisse Pflanzsaaten in bestimmter Menge anzubauen, für die in soundsoviel Betrieben die Voraussetzungen fehlen und unter keinen Umständen zuwege gebracht werden können, das glaubt man. Dazu soll ein bürokratischer Apparat in Bewegung gesetzt werden, dessen Räderfuren einem erfahrenen Statistiker einfach den Atem nimmt, namentlich wenn man bedenkt, daß das alles bis zur Frühjahrseinstellung erledigt sein soll.

Herr Oberbürgermeister Hofmeier hat augenscheinlich seinen Plan weder nach dieser noch nach der praktischen landwirtschaftlichen Seite bis in die letzten Konsequenzen durchdacht. Er beginnt am verkehrten Ende mit seinem Gedankengang. Wäre er vom richtigen Ausgangspunkte, nämlich von den Verhältnissen des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes, ausgegangen, so würde er nicht nur bald bemerkt haben, daß der Plan undurchführbar ist, sondern er

würde auch erkannt haben, daß seine

Besorgnis wegen eines Mangelanges der Kartoffelanbaufläche ziemlich unbegründet ist.

Wir haben in diesem Jahre Mangel an Kartoffeln. Dafür ist weder die mißverständliche Bundesratsverordnung über eine Herabsetzung der Saatmenge auf 8 Zentner pro Morgen, noch der durchaus praktische Ratsschlag der Verringerung der Pflanzkartoffeln bei Mangel an Saatgut, noch sonstige Sündenböcke und „grüne Tische“ verantwortlich zu machen, sondern der „grüne Tisch“ ist in diesem Falle der liebe Himmel, der die Feuchtigkeit des Sommers allzu „schematisch“ verteilt hat, zum Segen für das Getreide zwar, aber ohne Rücksicht auf die Kartoffeln. Einige Prozent Anbaufläche mehr oder weniger spielen bei der Kartoffel keine Rolle. ... Im allgemeinen ist die Kartoffelfläche durch die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen und den Wirtschaftsplan des einzelnen Betriebes bestimmt. Wenn auch der Preis für die Kartoffel meines Erachtens zu niedrig festgesetzt ist und daher alles andere als eine Förderung des Kartoffelbaues bedeutet, so wird doch dadurch allein eine wesentliche Verringerung der Anbaufläche nicht bewirkt.

Man darf aber darüber beruhigt sein, daß, selbst wenn hier und da die Pflanzkartoffeln ausbleiben sollten, die Flächen nicht für die Produktion verloren gehen. Allerdings muß dringend davor gewarnt werden, daß nicht etwa, wie im vorigen Jahr, an Eisenbahndämmen, in städtischen Parkanlagen und Sandgruben, auf neu umgebrochenen Heideebenen, Spiel-, Exerzier- und anderen Tummelplätzen statutarischer Produktionsphantasien kostbares Saatgut und Dünger wahllos und sinnlos vergeudet werden.“

Krieg und Sozialpolitik.

Der sozialpolitische Etat vor dem Reichstagsausschuß.

Der Etat des Reichsamtes des Innern ist der eigentliche sozialpolitische Etat des Reiches. Diesem allumfassenden Umte ist ja alles zugeteilt worden, was sonst kein Unterkommen zu finden vermochte, und dazu gehörten auch die kleinsten Anfänge unserer sozialpolitischen Reichstätigkeit. Allmählich hat dieser Zweig der Aufgaben des Amtes alles andere überwuchert.

Gegenwärtig greift der Krieg unendlich tief ins Wirtschaftsleben hinein und schafft damit auch unendlich viele neue sozialpolitische Probleme. Daher gewann die Verhandlung des Reichshaushaltsausschusses auf diesem Gebiete denn auch erhebliche Bedeutung.

Die Sozialdemokratie hatte eine Art Grundlag für diese Verhandlungen geschaffen durch eine sehr weitgehende Resolution, wonach schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Achtstundenschicht, bessere Unfallversicherung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Reuanstellungen.) Weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des statistischen Reichsamtes erheblich vermehrt und die Feststellung statistischer Feststellung über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führt dazu aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollen, so muß man auch an Schutz denken. Viele Unglücksfälle sind auf der Mangel an Schutzvorschriften zurückzuführen. Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes hat sich durch die Einrichtungen des Kriegsammtes verschoben, die Zivilbehörden sind durch die Militärbehörden zurückgedrängt; das war nicht die Absicht des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Nach einem Rundschreiben des Reichskanzlers darf nur in Ausnahmefällen ein Nachlaß der Schutzvorschriften eintreten die nachgeordneten Behörden und die Entwicklung der Verhältnisse haben die Ausnahme zur Regel werden lassen. Die achtstündige Schicht ließe sich viel allgemeiner durchführen. Eine genaue Statistik ist unentbehrlich, sie kann auf Grund der letzten Volkszählung hergestellt werden.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamtes des Innern erklärt, daß diese Dinge genau verfolgt werden und alles geschehe, was geschehen könne. Ein allgemeiner Dispens von den Schutzbestimmungen besteht nicht. Die Regelung liegt bei den Bundesstaaten. Der Erlass des Reichskanzlers gibt ausreichende Normen. Die achtstündige Schicht läßt sich vielfach nicht durchführen, zumal wo Frauen und Männer zusammenarbeiten. In diesen Fällen haben sich die Behörden sorgfältig um den Schutz zu kümmern. Auch die Nachtarbeit läßt sich nicht immer vermeiden. Wir geben lange nicht so weit wie z. B. England

Praktisch soll vermieden werden, Frauen unter Tage zu beschäftigen. Die Unfallvorschriften ge-unverändert fort. Für die eingezogenen Gewerkschaften ist Ersatz geschaffen worden, auch Frauen sind dazu herangezogen. Die Erfahrungen des Krieges werden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können; in dieser Hinsicht wird nichts gesäumt. Bei Beschwerden kann es sich nur um Maßnahmen handeln.

Der Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt, die deutsche Sozialpolitik sei allen anderen voran. Jetzt könne man den Antrag nicht annehmen, es gelte anderes zu tun. — Ein Fortschritt ist, daß ausländische Zeitungen über die triebene Darstellung über die Unglücksfälle bringen, denen man in Deutschland nicht entgegenrete. Ich weiß, daß an der Durchführung der Unfallvorschriften. Die Munitionsindustrie sei in vielen Fällen nicht besonders gesundheitsgefährlich. Wo es möglich sei, solle man die Achtstundenschicht einführen. Die Nachtarbeit für Frauen läßt sich nicht entbehren. Ich könnte die Resolution dem Reichskanzler als Material überweisen.

Ein Sozialdemokrat tritt den Einwendungen entgegen. Die Fabrikinspektion müsse von unabhängigen Personen ausgeübt werden. Ueber die stehenden Verhältnisse müßten konkrete Angaben gemacht werden.

Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft verlangt Wiederherstellung des Arbeiterschutzes, völliges Verbot der Frauennachtarbeit und in dichtbesiedelten Stadtteilen Munitionsfabriken angelegt werden.

Ein konservativer betont, die Verhütung unvermeidbarer Unfälle fördere nur über bene Verhältnisse. Im Kriege müssen aber dessen Überlegungen erfüllt werden, die Resolution gehe zu — derselben Meinung ist ein Nationalliberaler.

Kleine Neuigkeiten.

* In Remlin ist das Sägewerk von Karl M. vollständig niedergebrannt. Alle Maschinen waren ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt 1 Million Mark. Es wird Brandstiftung vermutet.

* In Hellsberg verbrannte ein vierjähriges Kind in Abwesenheit seiner Mutter, weil seine Kleider im Ofen Feuer fingen.

* In Deuthen wurde der Wägarbeiter Fr. Kurta erfroren aufgefunden.



Schicken Sie Bilder ins Feld.
Aufnahmen an trüben Tagen und abends bei elektrischem Licht.
Photograph Stritter
Biebrich, Rathausstrasse 94.
Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Am Freitag, den 9. d. Mo.
werden anfall in der Kinderschule im Sitzungssaal des Rathauses von 3 Uhr ab Hemden zum Nähen ausgegeben.
Der Vorstand des Frauenvereins.
Ein **Kleiderschrank** zu Mk. 30 und ein **Kinder-Liegewagen** zu Mk. 10 zu verkaufen.
Vindenstr. 1, rechts

Ein guterhaltener **Handleiterwagen** zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Expedition.
Sauberes Mädchen welches kochen kann und Hausarbeit verrichtet in Herrschaftshaus per 15. oder später nach Wiesbaden gesucht. Zu erfragen bei **Franz Klein**, Wilhelmstr. 28.

Eine Wohnung, 2 Zimmer und Küche zu vermieten. Zu erfragen in der Expedition.
Gute Landhegruben werden ausgefahren. **Schwebia** Schleierkeiserstraße 5.
Wein-Etiketts in jeder Ausführung liefert prompt **Fruderei W. Brühl**.